

Haushalt und Haushaltskonsolidierung 2017 – nicht mit uns!

Der Salzlandkreis legt in diesem Jahr erstmals einen ausgeglichenen Haushalt vor und erreicht 2018 sogar ein leichtes Plus. Der Stolz unserer Fraktion darauf hält sich in schwer in Grenzen. Und das vor allem deshalb, weil der Landkreis dieses Ziel vor allem durch höhere Einnahmen aus der Kreisumlage, mithin also auf Kosten der Städte und Gemeinden erreicht. Dabei erkennen wir die Bemühungen der Kreisverwaltung, die Ausgaben in der Verwaltung zu verringern sehr wohl an. Alle Fachbereiche wurden untersucht und es wurde überwiegend festgestellt, dass keine weiteren Einsparungen – besser gesagt keine weiteren Streichungen – mehr vorgenommen werden können. Und wir erkennen sehr wohl auch die Probleme der Kreisverwaltung an, die vor allem darin bestehen, dass es - im Gegensatz zu dem seitens der Bundes- und Landespolitik auferlegten Streichungszwang - zu Mehraufwendungen kommt, die vom Landkreis nicht beeinflusst werden können und die vor allem von uns nicht initiiert wurden.

Einige Stichworte: Das Unterhaltungsvorschussgesetz wurde zugunsten der Kinder über 12 Jahr geändert, was den Kreis höher belastet und übrigens gleichzeitig den Bund entlastet, weil die höheren Einnahmen den Hartz IV-Familien gleich wieder beim Regelsatz gegengerechnet werden. Die Änderungen im Kinderförderungsgesetz. Steigerungen bei den Hilfen zum Lebensunterhalt und den Hilfen zur Erziehung und der Grundsatz der Inklusion, den es umzusetzen gilt. Bitte nicht falsch verstehen! Wir begrüßen



Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag:
Sabine Dirlich (Foto privat)

die meisten dieser Entwicklungen, aber sie werden den Landkreisen auferlegt, ohne sie gleichzeitig mit den notwendigen zusätzlichen Mitteln auszustatten. Hier ist die Initiative aller Landkreise gefragt, gegen diese Vorgehensweise von Bund und Land Einspruch zu erheben und das Konnexitätsprinzip einzufordern das besagt, dass zusätzliche Aufgaben auch mit den entsprechenden Mitteln für die Kreise ausgestattet werden müssen. Das Problem ist aber vor allem: den Gemeinden und Städten geht es nicht an-

ders. Und im Gegensatz zu Bund, Land und Kreis können die ihre Mehraufwendungen nur noch ihren Bürgerinnen und Bürgern auferlegen. Das haben sie übrigens schon längst getan: die Grundsteuern wurden erhöht und ebenfalls die Gebühren für viele Leistungen.

Gleichzeitig dürfen die Bürgerinnen dann in den Zeitungen lesen, wie wundervoll gerade die Steuerquellen sprudeln und wie gut es Bund, Land und Kommunen geht.

Die Wahrnehmung von Bürgerinnen und Bürgern ist eine andere.

Die Städte und Gemeinden sind aufgefordert worden, zu der beabsichtigten Erhöhung der Kreisumlage Stellung zu nehmen, dabei ist unseres Wissens herausgekommen, dass ein Großteil der Städte und Gemeinden keine weiteren Belastungen mehr verkraften können. Ein angekündigter Abwägungsprozess dazu hat nicht wirklich stattgefunden, zumindest wurde er nicht öffentlich kommuniziert, die Mitglieder des Kreistages haben nichts darüber erfahren. Uns die Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu übergeben, ist ja noch kein Abwägungsprozess.

Die Fairness hätte unserer Ansicht nach verlangt, den Zugewinn durch den beibehaltenen Prozentsatz zu halbieren und so die Städte und Gemeinden teilhaben zu lassen.

Aus all diesen Gründen hat die Fraktion DIE LINKE im Kreistag dem Haushalt und auch dem Haushaltskonsolidierungskonzept ihre Zustimmung verweigert.

Sabine Dirlich, Fraktionsvorsitzende

Inhalt:

Seite 1
Haushalt und Haushaltskonsolidierung 2017 –
nicht mit uns!

Seite 2
Gregor Gysi und Hans Modrow -
Zu den Jubiläen von zwei hervorragenden
Politikern der LINKEN

Seite 3
Gegenüber menschenverachtenden
Positionen gibt es keine Neutralität

KiFöG: „Kleine Novelle“ kein großer Wurf

Seite 4
LINKER Fahrplan 2018

Seite 6
Staßfurter Mitgliederversammlung
zum Jahresabschluss

Dankeschön-Veranstaltung
in Schönebeck

Seite 7
Vorlesetag in Osmarsleben

Dank für Wahlkampfunterstützung

LINKE Infostände vor Weihnachten

Gregor Gysi und Hans Modrow - Zu den Jubiläen zweier hervorragender Politikern der LINKEN

Friedrich Schütz

In diesem Monat werden Gregor Gysi und Hans Modrow, zwei hervorragende Politiker der PDS und danach der LINKEN, 70 bzw. 90 Jahre alt. Beide haben seit der Zeit der sogenannten Wende bis zur Gegenwart stets in verantwortungsvollen Funktionen in der Partei gestanden und sich für die Interessen der Menschen eingesetzt. Im Folgenden soll das politische Wirken dieser beiden Persönlichkeiten gewürdigt werden. Der am 16. Januar 1948 in Berlin geborene Gregor Gysi studierte nach dem Abitur und dem zur gleichen Zeit erworbenen Facharbeiterzeugnis als Rinderzüchter von 1966 bis 1970 an der Humboldt-Universität Rechtswissenschaft. Danach war er als Rechtsanwalt tätig. Zu seinen Mandanten gehörten auch mehrere Systemkritiker. Als Ende der 1980er Jahre die Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung immer mehr zunahm und es am 4. November 1989 zu der gewaltigen Massenkundgebung mit etwa 500000 Teilnehmern auf dem Berliner Alexanderplatz kam, forderte er als einer der Redner ein neues Wahlrecht und ein Verfassungsgericht.

Die hierdurch und viele andere Aktionen immer mehr ins Wanken geratene „führende Rolle“ der SED und der geschlossene Rücktritt der Parteiführung Anfang Dezember 1989 führten zum Außerordentlichen Parteitag an zwei Wochenenden im Dezember. Auf diesem wurde Gregor Gysi am 9. Dezember mit 95,3 Prozent der Delegiertenstimmen zum Parteivorsitzenden gewählt, damals nicht gerade eine erstrebenswerte Funktion. Der ihm bei der Gratulation überreichte überdimensionale Besen sollte als Symbol gelten für die Notwendigkeit der Überwindung aller diktatorischen Ansätze und damit für die Entwicklung zu einer Partei eines demokratischen Sozialismus. Für dieses Ziel hat er sich mit Unterstützung vieler Mitstreiter/innen auf allen Ebenen in den kommenden Jahren mit voller Kraft eingesetzt.

Das Hauptwirkungsgebiet dieses großartigen Politikers wurde aber zunehmend der Deutsche Bundestag, dem er zunächst als Gruppenvorsitzender (1990 - 1998) und von 1998 bis 2000 als Fraktionsvorsitzender angehörte. Er verzichtete deshalb auf den Parteivorsitz, den 1993 Lothar Bisky übernahm. Wie allgemein bekannt ist, war unsere Partei von den etablierten Parteien im höchsten deutschen Parlament nicht gern gesehen, und so gab es so manche Redeschlacht mit den politischen Gegnern. Dabei kamen ihm solche Eigenschaften wie

als glänzender Rhetoriker und als ausgezeichnete Analytiker zugute. Wie wichtig Gregor Gysi immer für die PDS war, zeigte sich bei der Bundestagswahl 2002, als die Partei ohne ihn antrat und eine gewaltige Niederlage mit insgesamt nur zwei Direktmandaten (Petra Pau, Gesine Lötzsch) erlitt. Ein Höhepunkt im politischen Wirken Gregors war die Vereinigung von PDS und WASG zur neuen Partei DIE LINKE. Es gab wohl keinen Würdigeren als ihn, auf dem Vereinigungsparteitag am 16. Juni 2007 die Eröffnungsrede zu halten. Daraus drei Grundgedanken:

- Die Einheit der Linken gehört zwingend zur Einheit Deutschlands
- Wir stellen die soziale Frage, stellen sie weltweit und in unserer Gesellschaft
- Ich behaupte, der demokratische Sozialismus ist grundgesetzgemäßer als jede Form des Kapitalismus.

2005 war Gregor Gysi entgegen vorher gemachter Ankündigungen nach einer schweren Krankheit wieder in die Politik zurückgekehrt, und die Partei erreichte bei den Wahlen zum Bundestag wieder beachtenswerte Ergebnisse. Das bisher beste war 2009 mit 11,9 Prozent der Zweitstimmen und 76 Mandaten, darunter 16 Direktmandate. Gregor erhielt in seinem Berliner Wahlkreis Treptow-Köpenick 44,8 Prozent der Erststimmen. Auch die nach seinem Rücktritt als Fraktionsvorsitzender im Herbst 2015 bei der diesjährigen Bundestagswahl von ihm erreichten 39,9 Prozent sind ein Ausdruck des großen Vertrauens zu ihm und seiner Popularität. Im Dezember 2016 wählte ihn die Europäische Linke auf dem Parteitag in Berlin zu ihrem Präsidenten.

Hans Modrow wurde am 27. Januar 1928 in Jasenitz in einer Arbeiterfamilie im heute polnischen Teil Vorpommerns geboren. Nach dem Besuch der Volksschule begann er eine Lehre als Maschinenschlosser. Wenige Monate vor Kriegsende wurde er mit 17 Jahren in den Volkssturm, Hitlers letztes Aufgebot, eingezogen. Dabei geriet er in sowjetische Gefangenschaft, aus der er 1949 zurückkehrte und in Hennigsdorf als Maschinenschlosser arbeitete.

Das Studium bzw. Fernstudium an mehreren Hochschulen beendete er als Diplomwirtschaftler. In diesen Jahren war er hauptamtlich in verschiedenen Funktionen der FDJ und der SED tätig, zuletzt als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden. Er stimmte in verschiedenen Ansichten nicht mit denen der Parteiführung überein und

war damit beim Politbüro in Unnade gefallen, galt aber bei vielen Menschen in Ost und West als „Hoffnungsträger“.

In der Endzeit der DDR wählte die Volkskammer Hans Modrow am 13. November 1989 zum Ministerpräsidenten. In seiner Regierungserklärung schlug er eine Vertragsgemeinschaft DDR - BRD vor. Die durch die Volkskammer bestätigte Regierung bestand aus Vertretern aller fünf Parteien des Landes. Am 5. Februar 1990 nahm er acht Vertreter der neuen oppositionellen Gruppierungen des zentralen Runden Tisches als Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierung auf, die sich nun als Regierung der nationalen Verantwortung verstand. Unmittelbar vor Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 endete die Regierungszeit.

Karl-Heinz Arnhold, persönlicher Mitarbeiter des Ministerpräsidenten, hat in dem 1990 erschienenen Taschenbuch „Die ersten hundert Tage des Hans Modrow“ einen interessanten und aufschlussreichen Einblick in die Arbeit der Modrow-Regierung gegeben und dabei solche Eigenschaften des Politikers wie Einsatzbereitschaft, Ehrlichkeit und Bescheidenheit herausgestellt. Gregor Gysi hat auf dem letzten Parteitag der PDS am 15. Juni 2007 besonders Hans Modrow gewürdigt, „der in der Zeit der sogenannten Wende eine riesige Verantwortung übernommen hatte“.

Hans Modrow hat seit Bestehen der PDS an verantwortlichen Stellen in dieser mitgearbeitet. So ehrte ihn die Partei bereits auf der 1. Tagung ihres 1. Parteitags, indem sie ihm durch Akklamation die Funktion des Ehrenvorsitzenden übertrug. Von 1990 bis 1994 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1999 bis 2004 des Europaparlaments. Nach der Gründung der Partei DIE LINKE wurde er 2007 Vorsitzender des Ältestenrates. Diese Funktion übt er auch jetzt noch aus. Die in diesen Jahren durchgeführten vielen Auslandsreisen hatten das Ziel, zur Verständigung der Völker und zu ihrem friedlichen Zusammenleben beizutragen.

Die beiden prominenten Politiker waren aber nicht nur politisch tätig, sondern haben auch mehrere Bücher veröffentlicht. Ich erwähne nur ihre letzten. So erschien 2015 von Hans Modrow „Amboss oder Hammer“, in deren Mittelpunkt Gespräche über Kuba stehen. Ebenfalls 2015 gab es Gregor Gysis Buch „AUSSTIEG LINKS?“ Und seit Oktober 2017 kann man Gregors Autobiographie „Ein Leben ist zu wenig“ lesen.

Gegenüber menschenverachtenden Positionen gibt es keine Neutralität

Andreas Höppner, Landesvorsitzender; Thomas Lippmann, Fraktionsvorsitzender

Zur der Auseinandersetzung um die Teilnahme der AfD an der Meile der Demokratie und die Forderungen von CDU-Generalsekretär Sven Schulze an den Verein Miteinander e.V., sich wegen der Finanzierung aus Steuergeldern zu einhundert Prozent neutral zu verhalten und mit der AfD zusammen an der Meile der Demokratie teilzunehmen, erklären die Vorsitzenden von Partei und Landtagsfraktion Die LINKE, Andreas Höppner und Thomas Lippmann:

„Die Teilnahme der AfD an der Meile der Demokratie ist das Problem und nicht die Absage von Vereinen und Parteien aufgrund der Teilnahme einer solchen Partei, die offen eine nationalistische und menschenverachtende Ideologie vertritt. Es ist schlimm genug, dass die Stadt Magdeburg als Veranstalter sich aus Gründen der Neutralität nicht in der Lage sieht, der AfD die Teilnahme zu verwehren und damit vermutlich das Ende der Meile der Demokratie in der bisherigen Form besiegelt. Es kann aber niemandem ein Vorwurf gemacht werden, der dieses perfide Spiel mit der Demokratie nicht mitspielt und sich unter den gegebenen Umständen davon demonstrativ fernhält. Es gibt für die Vereine, Institutionen oder Parteien keine Verpflichtung, die AfD auf dieser Meile zu tolerieren.



Meile der Demokratie 2017 (Foto privat)

Dass eine Partei demokratisch gewählt wurde heißt noch lange nicht, dass die Partei selbst demokratisch ist. Es bedeutet nur, dass die Demokratie stark genug ist, auch die Ideologie einer solchen Partei auszuhalten. Es ist der Grundgedanke unserer Verfassung, dass eine demokratische Republik nur auf aktive Demokrat*innen bauen kann, und nicht auf staatliche Repression. Anders wird man Antidemokraten nicht wirksam begegnen können. Genau das tun Miteinander und der Paritätische. Gegenüber völkisch-nationalistischen, fremden-

feindlichen und rassistischen Positionen kann und darf es keine Neutralität geben. Ob dabei die Auseinandersetzung mit der AfD auf der Meile der Demokratie oder von außerhalb geführt wird, müssen die beteiligten Organisationen in eigener Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern und ihren Statuten entscheiden. Da sind Belehrungen oder gar Forderungen von außen völlig fehl am Platz.

Die Angriffe von CDU-Generalsekretär Sven Schulze auf die souveräne Entscheidung von Miteinander e.V. und die offene Drohung, die staatliche Finanzierung einzustellen, lassen dagegen eher Zweifel an seinem demokratischen Grundverständnis aufkommen. Sie zeigen aber vor allem, wie weit die CDU inzwischen bereit ist, der AfD in das Spektrum ihrer rechten Ideologie zu folgen und mit ihr gemeinsame Sache gegen Andersdenkende zu machen. Der offene Schulterschluss der CDU mit der AfD stärkt den rechten Rand und nicht der Widerstand dagegen, dass die Meile der Demokratie durch die AfD ihrer Seele beraubt wird. Die CDU arbeitet offenbar daran, dass sich die Rechten immer mehr als eine scheinbar ganz normale politische Kraft etablieren können und so auch als künftiger Koalitionspartner salonfähig gemacht werden.

KiFöG: „Kleine Novelle“ kein großer Wurf

MdL Monika Hohmann

Zur Ende Dezember verabschiedeten „Kleine Novelle“ des Kinderförderungsgesetzes erklärt die kinder- und familienpolitische Sprecherin Monika Hohmann:

„Koalition und Landesregierung werden nicht müde, ihre gestern verabschiedete „Kleine Novelle“ des Kinderförderungsgesetzes zu feiern. Schaut man genau hin, dann bleibt von den angeblichen 30 Millionen Euro, die mehr ausgegeben werden, nicht viel übrig.

Die den Abgeordneten zur Verfügung gestellten eigenen Daten der Landesregierung belegen Mehrausgaben des Landes von 2017 zu 2018 in Höhe von 14,3 Mio. €. Davon müssen die Zahlungen für Tarifsteigerungen und für die Erhöhung der Geschwisterpauschale abgezogen werden. Es



MdL Monika Hohmann (Foto privat)

bleiben unterm Strich gerade einmal 5,5 Mio. € übrig, die den Gemeinden vor Ort Gestaltungsspielraum z.B. zur Senkung der Elternbeiträge geben könnten. Dies entspräche einer durchschnittlichen Entlastung von 37,72 € pro Kind und Jahr.

Das ist nicht der große Wurf und hat mit einer tatsächlich spürbaren Entlastung der Eltern nichts zu tun. Der von der Koalition gestern beschlossene Entschließungsantrag zum KiFöG enthält die Aussage, dass mit der geplanten „Großen Novelle“ des Gesetzes im neuen Jahr Kostendämpfungen sowohl für die Eltern, die Gemeinden als auch für das Land erreicht werden sollen. Dieser Zirkelschluss funktioniert schlichtweg nicht, wenn Eltern entlastet werden sollen. Einer muss die Rechnung bezahlen.“

LINKER FAHRPLAN 2018

Beschluss des Parteivorstandes vom 3. Dezember 2017

DIE LINKE hat bei der Bundestagswahl das zweitbeste Ergebnis in unserer Geschichte erreicht und konnten viele neue Wähler*innen hinzugewinnen. Wir gewinnen in großem Umfang Mitglieder, die Mehrheit von ihnen jünger als 35 Jahre. Damit ist ein zentrales Ziel erreicht worden, das sich dieser Parteivorstand zu Beginn seiner Arbeit im Juli 2016 gesetzt hatte: den Abwärtstrend bei den Mitgliedern zu stoppen und umzudrehen. Dennoch gibt es Anlass zur Debatte: Unsere Ergebnisse in den ostdeutschen Bundesländern sind fast durchgängig schlechter ausgefallen als bei den letzten Bundestagswahlen, im Westen haben wir dagegen bisweilen erhebliche Zugewinne verzeichnen können. Wir erreichen immer noch überdurchschnittliche Werte bei Erwerbslosen und Arbeiter*innen, aber im geringeren Ausmaß als früher. Beim Zuspruch bei jungen Leuten dagegen haben wir erheblich zugelegt. Über diese Phänomene, die Ursachen und richtigen Strategien wurde bereits in den letzten Wochen diskutiert.

Für die nächsten Monate stehen uns als zentrale Aufgaben bevor:

1. Wir haben Wahlen vorzubereiten.
2. Wir müssen unsere strategische Aufstellung in der neuen Konstellation von Regierung und Opposition entwickeln.
3. Wir wollen die Partei weiter stärken und Mitglieder gewinnen.
4. Wir wollen unser Profil inhaltlich schärfen und strategische Diskussionen in der Partei gemeinsam konstruktiv führen.

1. Wahlen

Im Jahr 2018 stehen Landtagswahlen in Hessen und Bayern und Kommunalwahlen in Schleswig Holstein bevor. Auch die Vorbereitung der Europawahl 2019 beginnt im Frühjahr. Mit Blick auf die Landtagswahlen in Bremen, Thüringen, Brandenburg und Sachsen sowie acht Kommunalwahlen im Jahr 2019 beginnen wir außerdem die Verständigungen über die Aufstellung der Partei in den Ländern. Wir wollen uns kommunalpolitisch stärker verankern und verstehen die Landtagswahlen als Gesamtaufgabe der ganzen Partei.

Vorbereitung der Europa-Wahl

Wir beginnen im Frühjahr 2018 mit Gesprächen zur Aufstellung der LINKEN für die Europawahl. Wir wollen mit gemeinsamen und für die ganze Partei tragfähigen Positionen in die Wahl gehen. Dafür brauchen wir eine LINKE Erzählung und lebensnahe, konkrete Forderungen, die Probleme im alltäglichen Leben der Menschen aufgreifen und um die herum wir organisieren und mobilisieren können.

Wir wollen einen Debattenraum um linke Europapolitik schaffen, der DIE LINKE, die

Europäische Linke und Akteure aus sozialen Bewegungen, Sozialverbänden, Gewerkschaften umfasst.

- In Zusammenarbeit mit den Landesverbänden regen wir Diskussionsveranstaltungen in den Ländern und Regionen an.
- Das Wahlprogramm zur Europawahl wird ab Frühjahr 2018 im Entwurf von den Vorsitzenden dem Parteivorstand vorgelegt. Dem geht ein breiter Prozess der Abstimmung und Beratung voraus. Auch die vorab genannten Foren und Formate sollen diesen Prozess unterstützen.
- Auch die Linke Woche der Zukunft (vgl. unten) vom 13. bis 16. September 2018 werden wir nutzen, um über eine linke Zukunft in Europa zu diskutieren.
- Wir streben eine europäische Sommer Schule für junge linke Aktive zur Zukunft von Europa an.
- Ein Kalender zur Planung der Europawahlkampagne folgt für die nächste Sitzung.

2. Auseinandersetzung mit der neuen Regierung

Wie bestimmen wir unsere strategische Funktion und Vorgehensweise in der neuen Konstellation in der Opposition?

- Zum Verhältnis von Klasse und Milieu und unserer strategischen Aufstellung planen wir eine Reihe Fachgespräche und Diskussionen, die auch in die Gliederungen der Partei getragen werden sollen: Wie hat sich die soziale Zusammensetzung unserer Wähler*innen verändert? Wie sprechen wir verschiedene Milieus an? Wie lässt sich verbindende Klassenpolitik formulieren?

Wir werden Orte und Formate anbieten, wie eine Diskussion über die strategische Aufstellung der LINKEN breit in der Partei geführt werden kann. Im Frühjahr planen wir eine Reihe Regionalforen.

Kampagnen und Aktionsschwerpunkte

In den vergangenen zwei Jahren haben wir mit der Kampagne „Das muss drin sein“ in die gesellschaftliche und öffentliche Debatte eingegriffen. 2016 hatten wir als Ziel benannt, dass sich DIE LINKE bei Beschäftigten und in der öffentlichen Wahrnehmung im Bereich Gesundheit und Pflege stärker verankern soll. Dieses Ziel ist erreicht worden.

Ende Januar wollen wir in einem bundesweiten Workshop klären, wie wir 2018 die Kampagnenarbeit aufnehmen und zu welchen Themen und Schwerpunkten. Wir werden als Schwerpunkte Gesundheit/Pflege und Wohnen/Mieten vorschlagen.

Die Arbeit gegen rechts/ Rassismus/ die AfD wird uns in den nächsten Jahren beschäftigen. Hier wird zu klären sein, mit welchen strategischen Orientierungen wir diese Arbeit aufnehmen.

Auch Frieden, Abrüstung statt Aufrüstung und ein Verbot von Waffenexporten sind Aktionsschwerpunkte - und eine klare Abgrenzung gegen rechts.

3. DIE LINKE weiter stärken und besser verankern.

Besonderes Augenmerk liegt hier darauf, die neuen Mitglieder willkommen zu heißen und weitere zu gewinnen und die Verankerung der Partei im Osten, bei Beschäftigten und in einkommensarmen Bevölkerungen zu stärken.

Parteientwicklung und ein herzliches Willkommen

In den letzten Monaten hat DIE LINKE viele neue, oft junge Mitglieder gewonnen. Gleichzeitig wissen wir, dass wir in verschiedenen Bereichen vor wichtigen Herausforderungen stehen. Wir haben bereits verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Partei hier stärker zu verankern und zu verbreiten. Diese Ansätze weisen in die richtige Richtung. Es ist von zentraler Wichtigkeit, dass die ganze Partei in diesen Bereichen ihre Anstrengungen verstärkt.

In den vergangenen Wochen haben auf Kreis- und Landesebene bereits Neumitgliedertreffen stattgefunden; wir laden ein, auf allen Ebenen der Partei solche Veranstaltungen zu planen. Dabei stellen wir Fragen in den Mittelpunkt: Aus welchen Gründen und mit welchen Interessen die Neumitglieder in DIE LINKE eingetreten sind und welche Anforderungen haben sie an DIE LINKE? Wo wollen sie sich engagieren und wie muss die Partei sein, in der sie gern mitarbeiten wollen?

Wir werden unsere Bildungs- und Mitmachangebote für Neumitglieder erweitern und ausbauen und besonders Frauen ansprechen und für die politische Arbeit gewinnen. Aus der Bundesgeschäftsstelle wird ein Leitfaden für Neumitgliederseminare und -veranstaltungen angeboten.

- Wir planen darüber hinaus eine (Neu-) Mitgliederbefragung.
- Es geht nicht nur darum, neue Mitglieder zu gewinnen, sondern sie zu halten und „alte“ zu aktivieren. Wir werden das Umfeld von Sympathisant*innen weiter stärken: durch Aufbau und Stärkung von arbeitsfähigen Strukturen einer aktivierenden und organisierenden Mitgliederpartei. Auch die Verzahnung von Parteientwicklung mit Kommunalpolitik ist hier wichtig. Die Erfahrungen aus den Landesverbänden wollen wir bündeln und für alle zugänglich machen.

Im Sommer 2016 hatten wir uns vorgenommen, Formate zu schaffen, in denen sich junge Mitglieder der LINKEN in die Gestaltung ihrer Partei einbringen können. Das ist mit

einer bundesweiten Zukunftswerkstatt U35 im Frühjahr 2017 erstmals geschehen und soll fortgeführt werden. Im Sommer 2017 konnten eine Reihe der Teilnehmer*innen auf einer europäischen Sommerschule zu Zukunft und Aufbau der Linken in Europa teilnehmen. Das Programm zur Nachwuchsförderung U35 wurde wie geplant fortgeführt und hat bislang etwa 250 junge Aktive der LINKE erreicht.

Wir wollen Organisation, Austausch und Strategiebildung der U35 Mitglieder weiter unterstützen und stärken. Durch:

- Fortsetzung der U35-Kurse in den Landesverbänden,
- jährliche bundesweite U35-Werkstätten,
- einen Schwerpunkt auf junge Mitglieder in der Linken Woche der Zukunft im September 2018.

Darüber hinaus wollen wir selbstorganisierte Projekte fördern. Die jungen Mitglieder sind die Zukunft der LINKEN, wir wollen sie einladen, sich nicht nur einzubringen, sondern DIE LINKE zu ihrer Partei zu machen.

Zuhören, Organisieren, Verankern

Bereits im Jahr 2016 hat sich deutlich abgezeichnet: Viele Menschen haben das Gefühl, „die Politik“ interessiert sich nicht für ihre alltäglichen Sorgen und Probleme, oder könne zu ihrer Beseitigung nichts beitragen. Die Gefühle von Ohnmacht und dass man „nicht bekommt was einem zustehen würde“ tragen dazu bei, dass rechter Populismus und Sündenbocktheorien Zuspruch gewinnen - das zeigt auch die Erfahrung aus anderen europäischen Ländern. Dem Gefühl, dass die Menschen von „der Politik“ nichts zu erwarten haben, treten wir nur entgegen, wenn wir vor Ort erlebbar sind: aktiv, an der Seite der Menschen, im Widerspruch zu den politischen Verhältnissen. Wir haben bereits im Sommer 2016 in der Arbeitsplanung eine „Offensive des Zuhörens und Organisierens“ gestartet. Auch die Kampagne „Das muss drin sein“ sollte lokale Aktivitäten stärken und DIE LINKE als aktive Kraft für soziale Gerechtigkeit vor Ort erlebbar machen. Vier Modellprojekte in einkommensarmen Nachbarschaften wurden gestartet. Wir wollen diese Ansätze hier stärken und ausweiten.

- Wir setzen die Modellprojekte in sozialen Brennpunkten fort.

Darüber hinaus wollen wir unsere Präsenz der Partei in den Nachbarschaften an vielen Orten und mit unterschiedlichen Methoden erhöhen und suchen das direkte Gespräch mit den Menschen vor Ort. Wir verbinden die Gespräche mit Einladungen zum Austausch, zum Mitmachen, zum gemeinsam Tun. Das können z.B. Nachbarschaftsfrühstücke sein, eine öffentliche Sammlung von Mieterhöhungen o.ä. Im ersten Halbjahr werden Multiplikator*innenschulungen für organisierende Arbeit angeboten.

- Im letzten Jahr haben im Zuge von Haustürbefragungen, des Haustürwahlkampfes und der Bildungsveranstaltungen eine Reihe von Schulungen stattgefunden: Das Wis-

sen um Methoden, Wirksamkeit und Vorgehensweise bei aufsuchenden Gesprächen ist in der Partei gewachsen. Viele haben „unerwartet gute“ Erfahrungen damit gemacht. Hier wollen wir anknüpfen. Haustürgespräche und andere aufsuchende Gespräche sind nicht nur ein Mittel im Wahlkampf. Sie können gerade zur Organisation und zum Parteaufbau dienen und den Einstieg in gemeinsame Aktivitäten bilden.

- Viele Praxisansätze sind in der LINKEN durchgeführt und erprobt. Wir wollen uns im ersten Quartal 2018 auf einer Kreisvorsitzendenkonferenz zu den vorgeschlagenen Ansätzen zur Parteientwicklung austauschen und „best practice-Beispiele“ aus den letzten Jahren und speziell aus dem Bundestagswahlkampf auswerten. Mit welchen Ansätzen und Veranstaltungsformaten können wir eine nachhaltige Parteientwicklung vor Ort und eine Perspektivenverschiebung in der Gesellschaft bewirken?

- Mit einer Ideenwerkstatt Ost wollen wir uns mit den besonderen Bedingungen in den ostdeutschen Bundesländern befassen und uns über Konzepte für die bessere Verankerung vor Ort austauschen.

- LINKE Politik vor Ort und Kommunalpolitik können zentrale Orte sein, um die Partei zu verankern. Hier wollen wir uns über die bestehenden Vorgehensweisen austauschen und mit den Aktiven zusammen gute Strategien weiterentwickeln.

- Auch für die Parteientwicklung im ländlichen Raum werden wir Ansätze entwickeln und neue Wege probieren und uns dabei stärker mit dem Unmut über politische Funktionsweisen auseinandersetzen.

2016 haben wir uns zum Ziel gesetzt, DIE LINKE bei Beschäftigten stärker zu verankern. Das ist uns im Bereich Gesundheit und Pflege gelungen: durch erfolgreiche Kampagnenphasen von „Das muss drin sein“ und entsprechende Schwerpunkte in unserem Wahlkampf. Darüber hinaus ist es gelungen, unsere Verankerung im gewerkschaftlichen Bereich zu verbessern.

- Wir planen für das erste Halbjahr 2018 eine Strategieberatung mit U40-Gewerkschafter*innen

- und eine Fachkonferenz, mit der unser Konzept „Neues Normalarbeitsverhältnis“ in Gewerkschaften diskutiert und verbreitet werden soll.

Weiterentwicklung unserer inneren Kommunikation

Zur Parteientwicklung gehört eine Verbesserung und Weiterentwicklung der internen Kommunikation. Das betrifft die Instrumente unserer Mitgliederkommunikation (z.B. unser Mitgliedermagazin DISPUT) als auch weitere Tools der Mitgliederkommunikation und die Frage, ob wir neue Formen und Medien entwickeln müssen.

- Wir werden zusätzliche Kommunikationsformen aufbauen: von WhatsApp-Verteilern über Telefonkonferenzen, der Weiterentwicklung der LINKEN App bis zur Ausweitung der Online-Präsenz des Disputs.

- Social Media und real-life-Organisation wollen wir stärker miteinander verzahnen.

4. Inhaltliche Debatten

Schließlich wollen wir geordnete und konstruktive Debatten um das inhaltliche Profil der Partei und unsere strategische Orientierung führen. Hier werden wir Formate für den inhaltlichen und strategischen Austausch sowohl auf der Bundesebene als auch in den Regionen anbieten.

Die „linke woche der zukunft“ 2015 haben wir positiv ausgewertet und eine Fortsetzung in die Planung aufgenommen. Diese ist vom 13.-16. September 2018 angesetzt. Wir wollen mit möglichst vielen und vor allem jungen Menschen die Themen der Zukunft diskutieren. Auf dem Zukunftskongress wollen wir die Debatten um Inhalte mit der Perspektive einer Politik vor Ort verbinden. Die Vorbereitungen haben bereits begonnen.

- Als roter Faden dient uns die Frage nach einer linken Partei 2.0 und Sozialismus 2.0: Was ist links - unter den konkreten Bedingungen der neuen Regierung; linke Klassenpolitik auf der Höhe der Zeit; Digitalisierung/ Umbruch der Industriegesellschaft & Wirtschaftsdemokratie; sozialökologischer Umbau, linke Politik vor Ort, Europa.

- Wir verbinden den Kongress mit einer von allen Landesverbänden getragenen Aktion in der Stadt (Stadtrallye zu Ministerien und anderen politischen Orten).

- Im Vorlauf des Kongresses wollen wir bereits durch Abendveranstaltungen oder andere „kleinere“ Formate den Dialog um die Zukunft aufnehmen.

Inhaltliche Weiterentwicklungen

Mit etwas längerer Perspektive sollte DIE LINKE diskutieren:

- Wie müssen wir auf die neuen Herausforderungen der konservativen Regierung und veränderten Kräfteverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit reagieren?
- Wie entwickeln wir das sozial-ökologische Profil der LINKEN weiter?
- Welche konkreten Perspektiven für globale Gerechtigkeit verfolgen wir?
- Was heißt heute linker Internationalismus?

Wir wollen die Zeit zwischen den Bundestagswahlen nutzen, um diese Debatten in angemessener Form zu führen.

Die hier benannten Schwerpunkte sind nicht alles, was die Partei tut. Daneben finden die bewährten Aktionstage (8.März, 1. Mai, 1. September) statt. Hinzu kommen die Betriebsratswahlen im Frühjahr 2018 sowie wichtige linke Jahrestage: 200 Jahre Marx, 100 Jahre Novemberrevolution, 50 Jahre 1968. Tagespolitische und aktuelle Entwicklungen werden thematisiert, kommentiert und ggf. mit Aktionen begleitet werden (z.B. Verabschiedung CETA, zentrale Tarifverhandlungen, Anlässe zur Thematisierung unserer rentenpolitischen Forderungen etc.).

Staßfurter Mitgliederversammlung zum Jahresabschluss

Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender

Der Ortsvorstand hatte langfristig zur Veranstaltung in das „Bräustübel“ eingeladen. Ein wichtiges Thema war die Einschätzung der Ergebnisse zur Bundestagswahl, die gesammelten Erfahrungen aus den vielfältigen Wahlkampfaktivitäten und Schlussfolgerungen für die weitere öffentlichkeitswirksame politische Massensarbeit in Staßfurt und den einzelnen Ortsteilen.

Eine zeitliche Überlagerung der Mitgliederversammlung mit der kurzfristig einberufenen Fortsetzung der Stadtratssitzung führte dazu, dass einige Mitglieder und Sympathisanten an unserer Veranstaltung nicht teilnehmen konnten. Dennoch konnte der Ortsvorstand über seine planmäßige Arbeit im abgelaufenen Jahr eine erfolgreiche Bilanz ziehen. Monatliche Vorstandssitzungen gaben wichtige Impulse für die Arbeit unter den Mitgliedern und Sympathisanten und deren Wirken in der Öffentlichkeit. So waren das Arbeitsfrühstück der Aktiven zu Jahresbeginn, die Teilnahme an der Veranstaltung zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin, die Gedenkveranstaltungen in Hecklingen und Staßfurt im Januar, die Frauentagsfeier gemeinsam mit der Volkssolidarität, die Veranstaltungen zum 1. Mai in Staßfurt und Löderburg und die Teilnahme am Salzlandfest, feste Größen im politischen Kalender.

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes wurde der Weltfriedenstag am 1. September mit unserem Bundestagsabgeordneten

Jan Korte genutzt, zum Frieden zu mahnen und die Verantwortlichen für die kriegerischen Auseinandersetzungen und die damit verbundene Flüchtlingsdramatik zu benennen. Ohne Zweifel stellte der Bundestagswahlkampf hohe Anforderungen an uns. So wurden etwa 300 Wahlplakate angebracht, wobei wir dem Ortsverband Egelner Mulde dabei tatkräftig halfen. Mehr als 8000 Wahlzeitungen wurden in kürzester Zeit verteilt und kein Ort dabei ausgelassen. Hunderte Wahltüten mit der Aufforderung zur Wahl zu gehen, bestückt mit Informationsmaterial und Kleinwerbemittel wurden verteilt. Mehrere Informationsstände, einige gemeinsam mit Jan Korte, wurden durchgeführt und zum Meinungsaustausch genutzt.

Eine durchaus große Anzahl von Wahlhelferinnen und Wahlhelfern engagierten sich viele Stunden. Dafür sei an dieser Stelle nochmals herzlich allen gedankt. Hervorgehoben wurden Angelika Flügel, Bianca Görke, Gudrun Klauß, Petra Stille, Franz Meier, Siegfried Mahlfeld, Horst Görke, Günter Fahtz, Alexander Behm, Ralf-Peter Schmidt, Gerhard Wiest, Karl-Heinz Klix, Peter Maier, Hans Weinert, Walter Blauwitz und Thorald Windt. Einige von ihnen erhielten als Dank das Buch von Jan Korte „Geh doch rüber!“.

Die erreichten Wahlergebnisse wurden auf vielfältigste Art veröffentlicht. Dank des umfangreichen Wahlkampfes und des ständigen politischen Wirkens, konnten wir in Staßfurt und den Ortsteilen ein be-

achtenswertes Wahlergebnis im Vergleich mit den anderen Städten erreichen. Hochburgen waren zu erkennen, an den aufgezeigten Schwachstellen muss die politische Einflussnahme aktiviert werden.

Im Bericht der Stadtratsfraktion wurde das Wirken seiner 9 Mitglieder eingeschätzt. Sie bestimmen an vielen Positionen die politische Debatte im Stadtrat, seinen Ausschüssen und weiteren Abordnungen. Mehr denn je kommt es aber noch darauf an, auch in der Kommunalpolitik diejenigen öffentlich zu benennen, die durch ihre Politik der Geldknappheit zur Verschärfung der Probleme beitragen.

Mit dem Solidarfonds der Fraktion wurden auch in diesem Jahr wichtige Projekte der Kinder- und Jugendarbeit finanziell unterstützt.

Die Arbeitsgruppe Senioren, unter der Leitung von Franz Meier, traf sich monatlich zu ihren spezifischen Beratungen. Dabei wurde auch immer sehr intensiv über die aktuelle Politik, die zunehmende Altersarmut und die Entwicklung in unserer Partei gesprochen.

In einer lebhaften Diskussion stand die Rolle unserer Partei als einzige Friedenkraft in Deutschland und der Kampf um die Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit im Mittelpunkt. Die Notwendigkeit der regelmäßigen Durchführung des politischen Stammtisches wurde unterstrichen. Dabei sollte uns der 200. Geburtstag von Karl Marx als inhaltliche Richtschnur dienen.

Dankeschön-Veranstaltung in Schönebeck

Christa Beier, Ortsvorsitzende Schönebeck

Am 30.11.2017 fand in Schönebeck eine Dankeschön-Veranstaltung statt. Eingeladen hatte der Ortsverband Schönebeck alle Genossinnen und Genossen, die sich aktiv im Wahlkampf zur Bundestagswahl eingesetzt hatten. Darüber hinaus wurden auch die neu eingetretenen Mitglieder eingeladen, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Die Ortsvorsitzende Genossin Beier begrüßte die 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer und bedankte sich für deren Engagement im Wahlkampf. Ein ganz besonderer Dank ging an Genossin Rosemarie Hein für ihre Unterstützung im Wahlkampf und für ihren finanziellen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Wahlkreisbüros in Schönebeck.

Der Kreisvorsitzende Genosse Lothar Boese nahm ebenfalls an der Veranstaltung teil. Er freute sich besonders darüber, dass der Genosse Roland Claus ab jetzt zum Ortsverband Schönebeck gehört und seine Erfah-

rungen sowohl in der Parteiarbeit als auch in der parlamentarischen Arbeit einbringen kann. Das kam bereits in den zahlreichen Gesprächen und Diskussionen zum Ausdruck, in denen es insbesondere darum ging, wie es jetzt nach der Wahl weitergehen soll und welche Positionen unsere Partei dazu hat.

Bei einem kleinen Imbiss sowie verschiedenen Getränken wurde eifrig miteinander gesprochen, angeregt dass des öfteren Gespräche im Wahlkreisbüro durchgeführt werden sollten und wir für die Öffentlichkeit erkennbar und diskussionsbereit bleiben werden.

Genossin Beier verwies zum Schluss noch auf eine Einladung zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit der IG Metall, die am 6. Dezember stattfindet. Die Einladungen wurden bereits an jede Genossin und jeden Genossen verteilt.

200 JAHRE MARX – ZITAT DES MONATS:



Vorlesetag in Osmarsleben

Ernst-Hermann Brink, Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Güsten

Der linke Fraktionsvorsitzende im Stadtrat Güsten Ernst Hermann Brink nahm – wie jedes Jahr – am 14. Bundesweiten Vorlesetag teil. Er hat am Freitag, 17.11.2017 in der Kindertagesstätte „Pünchtchens Stromerland“ im Güstener Ortsteil Osmarsleben vorgelesen.

Nachdem die Kinder das Märchen vom tapferen Schneiderlein gehört hatten, beantworteten sie alle Fragen nach den Taten des Schneiders. Dies zeigt, dass sie alle sehr aufmerksam zugehört haben. Der Kommunalpolitiker Ernst-Hermann Brink unterstützt das bundesweite Vorlesen bereits seit 2013, da er den Kindern eine Welt neben Computerspielen und Handys näher bringen will. Kinder sollen eine po-

sitive Einstellung zum Lesen gewinnen. Gemeinsames Lesen und Vorlesen macht Spaß, regt die Fantasie an und fördert nebenher auch die Lesekompetenz und Sprachentwicklung. Jugendliche, denen in ihrer frühen Kindheit vorgelesen wurde, entwickeln einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn, Verantwortungsgefühl, Fantasie, Sprachkompetenz und haben nachweislich bessere Chancen auf einen erfolgreichen Bildungsweg. Der Vorlesetag ist eine gute Imagewerbung für eine der wichtigsten und schönsten Kulturtraditionen: „Deutschland - das Land der Dichter und Denker!“

In diesem Jahr erhielten alle Kinder der „Stromergruppe“ von Frau Mingo und der



Vorlesetag in der Kita (Foto privat)

„Pünchtchengruppe“ von Frau Bodnaruk für ihr aufmerksames Zuhören noch eine Urkunde vom Vorleser überreicht.

Dank für Wahlkampfunterstützung

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Kurz vor Weihnachten ging noch ein großes Dankeschön von MdB Jan Korte an die Mitstreiter*innen im Salzlandkreis für die Unterstützung beim nun schon länger zurückliegenden Bundestagswahlkampf. Der Abgeordnete nutzte einen vorweihnachtlichen Empfang im Staßfurter Wahlkreisbüro, um bei den Unterstützer*innen in Bernburg, Staßfurt, Könnern, Nienburg, Hecklingen und den Verbandsgemeinden Egelner-Mulde und Saale-Wipper Danke zu sagen. Danke für das Organisieren von Veranstaltungen, für die Plakatierung, für die zahlreichen Infostände, für das Verteilen von Wahlkampfmaterial, usw.

„Ihr habt den ganzen Sommer für mich und die Partei geackert, heute seid ihr mal



Ansprache bei der Dankesfeier (Foto privat)

eingeladen“ so Jan Korte zu den ca. 40 Teilnehmer*innen bei der Eröffnung des Buffets.

In seiner kurzen Ansprache ging er außerdem auf die schwierige Regierungsbildung

ein: „Das Land steht keinesfalls führungslos da. Es gibt einen gewählten Bundestag, der – wenn es nach uns ginge – jetzt schon in den Fachausschüssen inhaltlich arbeiten würde und die Probleme im Land angehen könnte.“ Auch auf seine neue Funktion als 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion ging er ein und skizzierte Pläne und aktuelle Initiativen.

Drei Wochen nachdem Jan Korte eine ähnliche Veranstaltung für die Mitstreiter*innen in Anhalt-Bitterfeld durchgeführt hatte, entwickelte sich auch in Staßfurt ein angenehmer Abend, an dem viele Erlebnisse des vergangenen Jahres ausgetauscht und Ideen für 2018 besprochen wurden.

LINKE Infostände vor Weihnachten

Jörg Lemmert, stellvertretender Kreisvorsitzender



Weihnachtsaktion in Güsten (Foto privat)

Es ist längst zu einer guten Tradition im Salzlandkreis geworden, dass es in der Vorweihnachtszeit an einigen Orten

LINKE Infostände mit kleinen Überraschungen für die Bürger*innen gibt. Auch in diesem Jahr hatte MdB Jan Korte Schokoweihnachtsmänner und seine Taschenkalender für 2018 gesponsert, mit denen die Genoss*innen in Bernburg, Staßfurt und Güsten loszogen, um an Infoständen mit den Besucher*innen der Wochenmärkte bzw. Supermärkte ins Gespräch zu kommen. Wenn es etwas geschenkt gibt, ist das Eis schnell gebrochen und die Bürger*innen halten auch mal kurz an, um sich auszutauschen. Diese Rechnung ging auch dieses Mal wieder auf und es gab viele Gespräche, z.B. über die andau-

ernde Regierungsbildung in Berlin oder kommunalpolitische Fragen. Neben den Verteilaktionen auf dem Bennckschen Hof in Staßfurt und dem Karlsplatz in Bernburg, ist auch in diesem Jahr der Infostand der Genoss*innen aus Saale-Wipper wieder besonders hervorzuheben. In Güsten gab es auch noch am 23.12. unter dem Motto „Statt Spekulanten- Kinder beschenken“ eine Aktion, womit auf das anhaltende Problem der Kinderarmut aufmerksam gemacht wurde und bei dem sich natürlich vor allem die Kleinen über Geschenke freuen durften.

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Januar
recht herzlich**

zum 90. Geburtstag
Ferdinand Grosser

zum 89. Geburtstag
Lieselotte Pohle
Helga Böhme
Richard Breitwieser

zum 87. Geburtstag
Christa Apel

zum 86. Geburtstag
Günther Ohm
Friedrich Schrader

zum 84. Geburtstag
Siegfried Gallinat

zum 83. Geburtstag
Horst Schüler
Karl-Heinz Stroh

zum 81. Geburtstag
Ernst König

zum 75. Geburtstag
Rolf Wiswede

zum 60. Geburtstag
Erhard Stolze



**Wir gratulieren auch allen
anderen Leser*innen, die im
Januar Geburtstag haben.**

**Alternativer Neujahrsempfang
DIE LINKE Staßfurt
Am 23.01.2018 ab 09:30 Uhr
auf dem Benneckschen Hof in
Staßfurt.**

**„Frühstück mit LINKS“
Am 29.01.2018 ab 10 Uhr im
Bernburger Bürgerbüro
(Kleine Wilhelmstraße 2b).**

Die nächste Beratung vom
**Aktionsbündnis für soziale
Gerechtigkeit** findet am **23.01.2018**
von **9:30 – 11:30 Uhr** bei der
Staßfurter Urania statt..

**Einladung zum LINKEN
Neujahrsempfang 2018:**
Kreisverband, Kreistagsfraktion
und MdB Jan Korte laden alle
Mitstreiter*innen am **22.01.2018**
um 18 Uhr zum gemeinsamen
Neujahrsempfang ins
**Bernburger Wahlkreisbüro
(Kleine Wilhelmstraße 2b)** ein.

**Gedenkveranstaltungen in Staßfurt
und Hecklingen**

Anlässlich des Holocaust-Gedenktages
gibt es am **27.01.2018 um 10:45
Uhr** eine Kranzniederlegung auf
dem Friedhof in Staßfurt (Hecklinger
Straße). Bereits um **10 Uhr** gibt es die
traditionelle Gedenkveranstaltung der
LINKEN auf dem Friedhof in
Hecklingen (Friedhofsberg).

**LINKER Neujahrsempfang in
Aschersleben**

Am **22.01.2018 ab 17 Uhr** im
Bestehornhaus (Heckner Str. 6).

**Termine im „Linkstreff“
Aschersleben**

Im Ascherslebener Büro (Oststraße 5)
gibt es immer am 1. und 3. Montag im
Monat von 15 bis 17 Uhr eine **LINKE
Sprechstunde** und immer am 2.
Montag im Monat das
„Kaffee mit Links“.

Wahlkreistag MdB Jan Korte

Der Bundestagsabgeordnete ist am
23.01.2018 wieder im Salzlandkreis
unterwegs. Für genaue Termine siehe
www.dielinke-salzlandkreis.de

Sitzung des Kreisvorstandes
Der Kreisvorstand tagt wieder am
31.01.2018 um 18 Uhr im Staßfurter
Fraktionsbüro (Löderburger Straße).

**ClimatePartner[®]
klimaneutral**

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde
klimaneutral auf Recyclingpapier
gedruckt.

**Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 02. Februar 2018.
Redaktionsschluss für diese
Ausgabe war der 05. Januar 2018.**

Nachruf

In stiller Anteilnahme
Christine Dockhorn

OV Bernburg
Kreisvorstand



Nachruf

In stillem Gedenken
Dora Lochmann

OV Bernburg
Kreisvorstand



Nachruf

In stiller Anteilnahme
Karl Hörold

OV Schönebeck
Kreisvorstand



Nachruf

In stillem Gedenken
Hans-Joachim Göllner

OV Bernburg
Kreisvorstand



Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung möchte möglichst
ausgewogen aus allen Regionen
des Salzlandkreises berichten und
sucht deshalb ständig Beiträge.
Egal ob BO-Sitzung, Vorstandswahl,
öffentlichkeitswirksame Aktion,
Berichte von Mandatsträgerinnen
und Abgeordneten. Wir freuen uns
über Beiträge aus allen Bereichen.
InteressentInnen nutzen bitte die
Kontakt Daten der Redaktion.

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach
Redaktionsschluss eingegangenen
Artikeln kann die Veröffentlichung nicht
garantiert werden.